

Gunda Stöber: Pressepolitik als Notwendigkeit. Zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914

Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Historische Mitteilungen, Beiheft 38), 303 S., ISBN 3-515-07521-6, € 44,-

Die 1998 an der Freien Universität Berlin eingereichte Promotionsschrift befasst sich mit der wachsenden Bedeutung der Presse im Deutschen Kaiserreich und der Reaktion des Staates hierauf. Den zeitlichen Rahmen bilden der Beginn der Regierungszeit Wilhelms II. bzw. das Ende der Bismarck-Ära und das Ende der Friedenszeit im Deutschen Reich. Die Verfassungs- und politische Wirklichkeit trat nach 1888/90 in ein neues Stadium mit Rückwirkungen auf den Bereich der Presse- und Informationspolitik. Mit dem Eckdatum 1914 ist eine Einheit hergestellt, da in diesem Zeitraum Pressepolitik unter ‚normalen‘ Bedingungen stattfinden konnte. Die Arbeit „zielt ab auf den kausalen Zusammenhang, welcher sich aus der wachsenden gesellschaftspolitischen Bedeutung des Presse- und Informationswesens und dem sich verstärkenden Legitimitätsdruck auf die staatliche Politik [ergab], und auf die Verflechtung von politischem System, der Verfassungswirklichkeit nach dem Ende der Bismarck-Ära und der Rolle, welche die Exekutive presse- und informationspolitischen Fragen und Vorgängen im Kontext der Herrschaftsausübung zumaß.“ (S.20)

Das Thema wird in drei Hauptabschnitten behandelt. Die Autorin gibt zunächst einen Einblick in die infrastrukturellen und organisatorischen Grundlagen staatlicher Presse- und Informationspolitik im preußischen Kaiserreich. Dazu wird der allgemeine Entwicklungsstand des Presse- und Nachrichtenwesens sowie des Journalismus und der Verlegerschaft beschrieben und das Presserecht als unabkömmliche Rahmenbedingung beleuchtet. In der Folge wird der pressepolitischen Institutionalisierung im Reich, in Preußen und auch in den Einzelstaaten nachgegangen. Daran anschließend werden die allgemeinen Mittel und Wege vorgestellt, auf die der Staat zu presse- und informationspolitischen Zwecken zurückgriff (offizielle und „officiöse“ Staatszeitungen, Sanktionen und Gratifikationen usw.).

Das nächste Kapitel geht anhand verschiedener Beispiele der Frage nach, wie der Staat seine Interessen gegenüber Presse und Öffentlichkeit vertrat. Im ersten Abschnitt wird der Blick auf ein zentrales innenpolitisches Problem des Kaiserreichs gelenkt: auf seine föderalistischen Elemente, speziell die Rolle der süddeutschen Staaten im Reichsverband. Danach werden aus dem knapp

fünfundzwanzigjährigen Zeitraum zentrale politische Regierungskampagnen in ihrer pressepolitischen Dimension detaillierter präsentiert. Intentionen und Ergebnisse dieser Kampagnen werden in dieser pressepolitischen Dimension miteinander verglichen, um Aussagen über Ursachen von Erfolg oder Misserfolg zu erhalten. Dagegen wird die analytische Betrachtung von politischen Affären gesetzt, die vor allem auch pressepolitische waren. Alle hier vorgestellten Affären wurden durch Pressepublikationen ausgelöst. So z. B. die „Caligula“- bzw. „Cäsarenwahnsinn“-Affäre von 1894, als Wilhelm II. argwöhnte, vom sozialdemokratischen *Vorwärts* mit jenem großenwahnsinnigen römischen Herrscher verglichen zu werden. Hier geriet der Staat in Situationen, die er nicht mehr steuern konnte. In allen Projekten, Kampagnen und Affären spielte Kaiser Wilhelm II. eine Rolle, sei es aktiv oder passiv. Seiner Position im Herrschaftsgefüge widmet sich die Autorin in einem gesonderten Abschnitt.

Das letzte Kapitel behandelt die Gesamtproblematik der „Presse- und Informationspolitik“ auf übergeordneter Ebene. Zum einen geht es um die Synopse öffentlicher wie auch interner Kritik, wie sie auf vielfache Weise geäußert wurde. Hier reichte die Skala von geringfügigen Änderungsvorschlägen bis hin zu grundsätzlicher Kritik am politischen System. Zum anderen wird über den gesamten Zeitraum hinweg verfolgt, wie die Exekutive selbst über ihre Presse- und Informationspolitik reflektierte, welche Veränderungen sie erstrebte oder in Gang setzen konnte. In diesem Zusammenhang wird der zentralen Frage nachgegangen, inwieweit innerhalb der Exekutive die Sensibilität für die Mechanismen publizistischer Prozesse entwickelt war.

Die Publikation besticht durch ihren Quellenreichtum, die Anschaulichkeit der Darstellung und ihre Detailkenntnis, die allerdings oftmals zur Detailverliebtheit gerät. Nicht immer gelingt es der Autorin, die hinter den Agierenden verborgenen politischen Strukturen heraus zu arbeiten, gelegentlich verfängt sie sich auch in dem „Netz individueller Beziehungen“ (S.263), das sie recht personalintensiv knüpft; das Personenregister umfasst dann auch nicht weniger als 431 Einträge ...

Klaus Betz (Berlin)

Hinweise

Altmeppen, Klaus-Dieter (Hg.): Journalisten-
ausbildung für eine veränderte Medien-
welt. Diagnosen - Institutionen - Projekte.
Wiesbaden 2001, 304 S., ISBN 3-531-
13637-2.

Jarren, Otfried, Heinz Bonfandelli (Hg.):
Einführung in die Publizistikwissenschaft.
Bern, Stuttgart, Wien 2001, 535 S., ISBN
3-258-06212-9.

Lorenz, Dagmar: Journalismus. Stuttgart 2001,
200 S., ISBN 3-476-10337-4.

Preisinger, Irene: Information zwischen In-
terpretation und Kritik. Das Berufs-
verständnis politischer Journalisten in
Frankreich und Deutschland. Wiesbaden
2002, 284 S., ISBN 3-531-13769-9.